

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Beleggeld monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Teutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint wöchl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3405.
Expedition: nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszettel: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltigen Zeilen mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Insetats müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 174.

Dresden, Mittwoch den 30. Juli 1913.

24. Jahrg.

Die Verhandlung gegen die Opfer des Erfurter Urteils ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Steinmetz ist hingerichtet und seine beiden Mitgeschulbigen sind zu lebenslänglicher Zuchthaus beauftragt worden.

Das älteste Mitglied des Reichstages, der Generalsabgeordnete von Völk-Hoffmann, Dr. Vender, ist gestorben.

Die Einigkeit der Mächte ist so zweifelhaft, daß der Kollektivvertrag in Konstantinopel noch immer auf sich warten läßt.

Nach einer Meldung aus Tanger wird die Lage um Zetuan für die Spanier immer bedrohlicher.

leichterungen für den Viehimport vor. Die tatsächliche Entwicklung der Preise zeigt, wie dringend notwendig die in den Anträgen enthaltenen Forderungen gewesen sind. Eine Regierung, die nicht den engberzigsten agrarischen Interessen Vorlauf leisten wollte, hätte die Pflicht, sie zu ihrem Programm zu machen.

Aber die Sozialdemokratie ist vornehm bei ihren Ansprüchen an die staatliche Gesetzgebung nicht stehen geblieben und sie gedenkt sich auch jetzt diese Beschränkung nicht aufzuheben. Die verbündeten Regierungen haben vor drei bis vier Jahren einen Schritt getan, den Kommunisten eine gewisse Verantwortlichkeit für die Ernährung der Bevölkerung aufzuerlegen. Es war ein zaghafter Schritt und er hatte außerdem keinen Grund in dem Wunsche, auf eine halbwegs gute Art um eine Reform der Wirtschaftspolitik des Staates heranzukommen.

Aber die Sozialdemokratie konnte ihn doch mit Genugtuung begründen, denn er bedeutete ein Zugeständnis an ihre Auffassung von der Notwendigkeit einer Organisierung des Wirtschaftslebens. Sie wünscht, daß es bei diesem ersten Experiment nicht sein Bewenden hat, aber daß am Ende gar, wie es jetzt aussieht, den Städten ihre Pflicht zur Mitarbeit an der Lebensmittelversorgung wieder genommen wird. Den Angaben über die Steigerung der Fleischpreise werden von landwirtschaftlicher Seite andere Ziffern gegenübergestellt, die ein Stagnieren oder sogar ein Nachlassen der Preise erkennen lassen. Es geht nicht an, diese Zahlen einfach zu ignorieren oder sie gar als eine bewußte Fälschung hinzustellen, und wir Sozialdemokraten sind uns ja ohnehin über die verheerende Wirkung des Zwischenhandels längst im Klaren.

Die kommunalen Verwaltungen, und zwar nicht allein die großen, auf die man sich bisher beschränkt hat, müssen eingreifen. Der Viehsteuergesetz aus dem Auslande ist überall wieder aufzunehmen, darüber hinaus aber haben die Städte auch die Aufgabe, für die denkbar billigste Vermittlung der einheimischen Lebensmittel, insbesondere der Fleischwaren, an die Konsumenten Sorge zu tragen. Wir können nicht um die Erhaltung von Großschlächtereien, deren die Stadt entweder direkt in den Händen der Kommunen befindet, oder dort, wo die Konsumgenossenschaften zu ihrer Unterhaltung stark genug sind, Förderung durch die Gemeindeverwaltung erfahren. Der Gedanke, daß diese nicht auf privatrechtlicher Grundlage errichteten Großschlächtereien dann mit den Viehproduzenten in unmittelbare Beziehung treten, ist ebenfalls zu getilgt, als daß man sich durch die berechtigten Abweilung gegen das Agrarierturn mehr als billig an seiner Verwirklichung hindern lassen dürfte.

Es gilt die möglichst wirksame, ausreichende Ernährung des Volkes und da gibt es Nichts als auf Viehhändler und Viehbesitzer so wenig wie auf Agrarier und kommunale Viehbesitzer.

Sozialismus und Persönlichkeit.

(Schluß.)

Wir haben oben gesehen, daß für den Proletarier schon in der heutigen Gesellschaft keine Rede ist von persönlicher Freiheit und Entwicklung der Persönlichkeit; in steter Abhängigkeit und Unterordnung unter die Befehle anderer bringt er sein Leben. Fragen wir nun, wodurch diese Unfreiheit des Proletariats herbeigeführt ist? Warum kann er nicht um und lassen, was ihm beliebt? Warum kann er nicht so arbeiten, wie es ihm gefällt? Da stoßen wir alsbald auf die Wagenfrage. Die Wahl des Berufes hängt heute in erster Reihe ab von der Vorbildung, sodann davon, ob der zu wählende Beruf den Menschen auch wird erziehen können. Damit ist alle persönliche Initiative, alles Ausreifen persönlicher Begabungen bereits am Beginn der Laufbahn lahmgelegt. Schon im sechsten Lebensjahre wird in der Regel über die ganze Zukunft des Menschen entschieden, dann nämlich, wenn er in die Schule kommt. Wer die Volksschule besucht, kann — von sehr seltenen Ausnahmen abgesehen — selbst bei herrlicher Begabung nichts anderes werden als Proletarier. Um einer anderen Laufbahn sich zuzuwenden, muß er eine bessere Schule besuchen. Ob aber das Kind in die Volksschule kommt oder in eine andere Schule, darüber entscheidet nicht seine Begabung — wer wollte sich überhaupt vermaßen, die Begabung eines so jungen Geschöpfes schon zu erkennen! —, sondern einzig und allein die Frage, ob der Vater das Schulgeld aufbringen kann. So haben wir die Wagenfrage schon am Beginn der Laufbahn des Einzelnen. Und sie begleitet ihn sein Leben lang. Denn selbst bei denen, die eine bessere Schule genießen, entscheidet später bei der Berufswahl nicht die Begabung, sondern die Möglichkeit auf die Einkünfte, die der Beruf bringt. Und die Wahl der Arbeitsstelle, die Wahl des täglichen Lebensgenusses, alles, alles hängt von den Moneten ab, die dem Einzelnen zur Verfügung stehen, aber nicht von seiner Begabung, nicht von seinem freien Willen.

So lehrt uns schon diese kurze Ueberschau, daß die persönliche Freiheit — und mit ihr das Ausreifen der Persönlichkeit — zur unerlässlichen Vorbedingung hat die ausreichende Sicherstellung des täglichen Brotes; wenn alles zur Verfügung steht, was er zu des Lebens Notdurft braucht, der ist frei! Der Sohn reicher Eltern, dem die beste Schulbildung geboten wird, der auch nachher keine Mühsicht auf den Leibenden Klammern zu nehmen braucht, der kann mit aller Gemächlichkeit sich den Beruf aussuchen, der seiner Begabung entspricht, kann die dazu nötigen Vorbildungen betreiben, kann später im Beruf so arbeiten, wie es ihm am richtigsten erscheint, kann also die Besonderheiten, die in seiner Persönlichkeit liegen, voll ausreifen lassen und voll ausnutzen, zu seinem Vorteil und zum Vorteil der Arbeit, der er sich widmet.

Das ist der Punkt, der die ganze Frage entscheidet: wer persönlich frei sein will, wer seine Persönlichkeit entwickeln soll, muß vor allen Dingen ausreichenden Lebensunterhalt garantieren haben. Und wenn heute so viele Begabungen zugrunde gehen, wenn heute die große Masse in Abhängigkeit und Unfreiheit dahinlebt, indes nur einige Wenige sich persönlicher Freiheit erfreuen, so liegt das eben daran, daß nur diese Wenigen ihren Lebensunterhalt gesichert haben, indes die große Masse ihn nur durch unfreie Arbeit erwerben kann, und auch da nicht sicher und nur kärglich.

Nun dürfen wir bei Freund und Feind als bekannt voraussetzen, daß der Sozialismus Zustände schaffen will, die den Lebensunterhalt für alle sichern sollen. Streit besteht nur darüber, ob ihm das gelingen kann: wir sind davon überzeugt, die Gegner bestreiten es. Den Nachweis zu führen ist Sache der nationalökonomischen Wissenschaft, wir haben ihn erbracht und sind jeden Augenblick bereit, ihn von neuem zu erbringen. Es liegt demnach auf der Hand, daß der Sozialismus erst die Vorbedingungen schaffen will, unter denen persönliche Freiheit für alle möglich wird. Von der wirtschaftlichen Seite her betrachtet ist ja das Ziel des Sozialismus die vergesellschaftete Arbeit, d. h. das planmäßige Hand-in-Hand-Arbeiten aller, nicht mit der Absicht, den einen auf Kosten der anderen zu bereichern — wie es heute geschieht —, sondern mit der einzigen Absicht, die vorhandenen Bedürfnisse aller auf möglichst zweckmäßige Weise zu befriedigen. Diese „Vergesellschaftung der Arbeit“ ist keine Utopie, vielmehr sehen wir, wie sie unter unseren Augen vor sich geht und immer weitere Fortschritte macht. Und zwar sind es die Kapitalisten, die diese Entwicklung zum Sozialismus „machen“: in jeder Fabrik arbeiten die verschiedenen Teile des Betriebes einander planmäßig in die Hände, in jedem Markt wird die gegenseitige Planmäßigkeit auf mehrere Betriebe ausgedehnt, bei jeder Vereinigung verschiedener Betriebe werden die planmäßig in einheitlichen Geschäftsinteressen geteilt. Zugleich aber sehen wir, daß jeder solche Fortschritt der Planmäßigkeit die Produktivität, den Ertrag der Arbeit gewaltig steigert: je größer die Zahl derer, die zusammenarbeiten, und je planmäßiger ihre Tätigkeit, desto mehr Produkte werden fertig. Dies alles, wie gesagt, sind Tatsachen, die unter unseren Augen vor sich gehen. Und sie berechtigen uns zu dem Schluß, daß bei höchstgelegener Planmäßigkeit, d. h. wenn die ganze Menschheit planmäßig Hand in Hand arbeitet, die Menge der Produkte so riesenhaft anwachsen muß, daß auch die aussehendsten Bedürfnisse befriedigt werden können. Erst wenn das der Fall ist, kann das Reich der persönlichen Freiheit beginnen, kann jeder tun und genießen, was ihm beliebt, kann jeder seine Persönlichkeit, seine Besonderheiten zu seinem eigenen Glück und zum Besten der Menschheit frei ausreifen und entwickeln lassen.

Es mag von Interesse sein, zum Schluß noch daran zu erinnern, daß kein Geringerer als Karl Marx so und nicht anders sich die Aufgabe des Sozialismus gedacht hat. Schon im kommunistischen Manifest (geschrieben 1847) heißt es:

„An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft tritt eine Assoziation (Gesellschaft), worin die freie Entwicklung eines Jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“

Noch weit deutlicher drückt er sich aus in seinem „Handbuche zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“ vom Jahre 1875 (veröffentlicht in der Neuen Zeit, Jahrg. 1890/91, S. 561 ff.). Dort heißt man (S. 567):

„In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die menschliche Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegenstand geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist... nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gemachener sind und alle Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums höher fließen — erst da kann... die Gesellschaft auf ihre Rahmen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“

Die Ratlosigkeit der Mächte.

Endlich ist gestern so eine Art Schritt der Mächte gegen die Türkei erfolgt. Die türkische Korrespondenz meldet darüber aus Konstantinopel: „Bei dem gestrigen Empfang auf der Fronte haben die Vorkämpfer dem Großwesir den Standpunkt der einzelnen Mächte über die türkische militärische Aktion in Thrazien dargelegt. Der Großwesir konnte nicht in unklarer davor sein, daß alle Mächte der Türkei im ersten Tone anvielen, ihre Truppen aus Thrazien zurückzuziehen und den Status des Londoner Vertrages wieder herzustellen. Die Instruktionen für die Volkstages einer Demarche bei der Fronte werden in den nächsten Tagen

Das alte Lied.

Im menschlichen Leben vermag zwar die Gewöhnheit viel, aber den Hunger will sie doch nicht so recht überwinden helfen. Wäre es anders, dann könnten wir ja schließlich mit einigen Gleichmut dem in jedem Sommer sich wiederholenden Schauspiel des Anziehens der Lebensmittelpreise zusehen.

Wenn der Reichstag in die Ferien gegangen ist und sich über die innere Politik die Ruhe der bald mehr, bald weniger heißen Fundstage gefestigt hat, pflegen mit beinahe tödlicher Sicherheit die ersten Nachrichten von einer Erhöhung der Fleischpreise einzugehen. Im Spätherbst und im Frühling haben sie sich ein wenig gefestigt. Es sind ein paar Pfennige im Durchschnitt weniger bezahlt worden, aber dann geht die Kurve wieder nach oben, und in den Zeitungen beginnt der Meinungsanstausch über die Ursachen dieser Erhöhung. Später im Herbst wird das Volk ungeduldig, fordert Maßnahmen von der Regierung und ersucht um die sofortige Einberufung des Reichstages. Die Agrarier höhnen dann über den „Fleischnotstand“, und die Regierung macht Statistiken auf, nach denen alles halb so schlimm sein soll, und erneuert die Gelübde der Treue zu bewährten Wirtschaftspolitik. Im nächsten Jahre, als es gar zu toll wurde, entschloß sie sich sogar zur Bewilligung von kleinen Palliativmitteln, deren Anwendung nachher durch den Reichstag gebilligt wurde. Sie haben jedoch nicht verhindern können, daß wir jetzt wieder da stehen, wo wir auch in den vergangenen Jahren um dieselbe Zeit gefanden haben. Nach der vom Statistischen Landesamt veröffentlichten Uebersicht sind in der ersten Hälfte des Monats Juli die Preise für sämtliche Fleischsorten im Durchschnitt der 53 Marktreise Preisen in die Höhe gegangen. Die Steigerung ist zwar geringfügig, aber sie ist da. Sie beträgt gegenüber dem Juni für das Kilogramm beim Rindfleisch 0,8 Pf., beim Kalbfleisch 0,2 Pf., beim Hammelfleisch 0,2 Pf., beim Schweinefleisch 0,3 Pf. Rindfleisch ist gegenüber dem Juli 1912 2,3 Pf. billiger, Kalbfleisch dagegen um 4,9 Pf., Hammelfleisch um 13,5 Pf. und Schweinefleisch um 0,9 Pf. teurer geworden.

Das ist der Anfang, und die Chancen, daß die nächsten Monate von der Regel abweichen und eine Ermäßigung der Preise bringen werden, sind trotz der in Aussicht stehenden vorzüglichen Wettere in Ostpreußen sehr gering. Dabei befinden wir uns im Beginn einer wirtschaftlichen Krise. Während in den Vorjahren Handel und Industrie gute Geschäfte machten und viele Hände gebrauchen konnten, wächst jetzt die Zahl der Arbeitslosen in erschreckendem Maße, und die Hoffnung vermindert sich, daß durch eine allgemeine Lohnerhöhung die Preissteigerung wenigstens einigermaßen ausgeglichen werden kann. Die Teuerung wird also in jedem Betracht diesmal mit ganz besonderer Schwere auf den Massen des arbeitenden Volkes lasten, und mit besonderem Nachdruck haben wir daher auch die Anwendung der Mittel zu fordern, durch die eine Erleichterung und Verbilligung der Volksernährung herbeigeführt werden kann.

Es tut kaum mehr not, diese Mittel einzeln aufzuführen: sie sind aus den Kampagnen der vergangenen Jahre allmählich allen geläufig geworden. An der Spitze steht die Öffnung der Grenzen für ausländische Nahrungsmittel, für Getreide, Viehfutter, lebendes Vieh und Fleisch, d. h. Aufhebung der Zölle und Befreiung der schlandösen Grenzlinien, die angeblich aus gesundheitspolitischen Gründen eingeführt, doch nur eine im agrarischen Interesse erfundene Erfindung des hochschützöllnerischen Tarifes darstellen. Die Maßnahmen, die die Regierung im Herbst 1912 getroffen hat, waren nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Sie müßten zum mindesten im Sinne der Anträge ergänzt werden, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu der Regierungsvorlage gestellt hat. Diese Anträge gingen u. a. dahin, dem Bundesrat die Ermächtigung zu erteilen, bis zum 1. Ab. lauf der Handelsverträge nicht nur den Gemeinden, sondern auch den Konsumgenossenschaften und anderen gemeinnützigen Unternehmungen, die aus dem Auslande Vieh oder Fleisch einführen und zu angemessenen Preisen an die Verbraucher abgeben, den Eingangs Zoll zu erlassen. Sie verlangten die Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von frischem und getrocknetem Fleisch ohne anhängende innere Organe und loben eine Ausdehnung der von der Regierung gewährten Zu-

Jugendbildungs-Verein der Arbeiterkräfte Sonntag den 3. August 1913 Standberung durch die städtische Schulleitung nach Gebühr